

Interview mit Heike Hänsel, MdB, Sprecherin für Entwicklungspolitik der Linksfraktion beim Sommerfest des Kreisverbandes Esslingen im Dettinger Park von Plochingen, am 07.07.2012

Thomas Mitsch: Heike, wir sind hier beim Sommerfest des Kreisverbandes Esslingen im Dettinger Park von Plochingen. Die Chance möchte ich mir nicht entgehen lassen und dir ein paar Fragen stellen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt dürften wohl in aller Munde sein. Ich befürchte aber dass die Menschen keine Ahnung haben worum es letztendlich geht. Aber eins ahnen sie, die Zeche zahlt der Bürger. Wie siehst Du das?

Heike Hänsel: Ich denke, dass es gewollt ist, dass die Bevölkerung vieles nicht mehr versteht. Denn würden sie wissen, was hier für weitreichende Entscheidungen getroffen wurden, dann wäre der Widerstand sicher viel größer. Es gibt ja Widerstand. In Frankfurt haben im Mai über dreißig tausend Menschen im Rahmen von Blockupy gegen die Macht der Banken, gegen Fiskalpakt und ESM demonstriert. Um es vielleicht mal mit einfachen Sätzen zu sagen, es geht hier eigentlich um eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Die Banken können weitermachen wie bisher und zukünftig werden alle Risiken mit Steuergeldern über den ESM abgedeckt. Dementsprechend sind die Bankenaktien auch in die Höhe gegangen. Das ist das eine und das zweite, dass der Fiskalpakt wirklich ein Anschlag auf die Demokratie und Sozialstaatlichkeit hier in Europa ist. Die geplanten Schuldenbremsen gehen einher mit Sozialabbau, Lohnverzicht, Ausbau des Niedriglohnsektors, Privatisierungen, Schwächung der Arbeitnehmerrechte et cetera. Das ist ganz klar die Folge und höhlt zudem die Rechte des Parlamentes aus. Deswegen klagt DIE LINKE ja, denn dies widerspricht in unseren Augen dem Grundgesetz und ist völlig inakzeptabel.

T.M.: Wenn man sich die Situation in den verschiedenen europäischen Ländern anschaut, siehst Du da nicht eine Gefahr für soziale Unruhen?

H.H.: Ja wir erleben es ja, es gibt große Proteste in Spanien, in Griechenland. Griechenland ist ja das beste Beispiel, da geht mittlerweile Polizei und auch EU-Gendarmerie-Einheiten gegen die demonstrierende und streikende Bevölkerung vor. Wenn das so kommt, dass wir wie in Griechenland massiven Sozialabbau erleben, dann bleibt den Leuten ja auch gar nichts anderes übrig als sich zu wehren. Weil da geht es um die Existenz. Unruhen sind da nicht auszuschließen. Ich sehe noch ein anderes Problem. Diese Politik stärkt rechte Parteien in Europa. Das ist eine große Gefahr und eine Unverantwortlichkeit dieser Regierungen und der EU-Politik, dass dadurch Rechtsradikale eigentlich erst gestärkt werden.

T.M.: Ich glaube viele wissen eigentlich nicht was die EU Polizei ist?

H.H.: Das stimmt, viele wissen nicht welche EU-Strukturen wir haben. Ein schlagkräftiges Europäisches Gendarmerie Korps, das aus verschiedenen Ländern gebildet wird, europaweit einsetzbar ist und zur Aufgabe hat, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten in den Fällen, in denen die Polizei vor Ort nicht ausreichend eingesetzt wird. Das ist nichts anderes als Unterdrückung sozialer Proteste.

T.M.: Kommen wir mal von den Unruhen zu deiner langjährigen Friedensarbeit. Es gab ja viel was so in den letzten zwei Jahren auf der Welt passiert ist. Angefangen hat es ja mit Tunesien, Ägypten, Libyen und Syrien um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wie siehst du die Entwicklung in Tunesien nach den ersten freien Wahlen?

H.H.: Natürlich waren die Freiheitsbestrebungen und der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit in Tunesien und Ägypten sicher ein großer Einschnitt und wurden von der LNKEN auch politisch unterstützt und mit großer Sympathie begleitet. Eine andere Entwicklung haben wir in Libyen und Syrien. Man muss jedes Land für sich betrachten und auch schauen wer von außen interveniert und Aufstände für eigene Interessen instrumentalisiert, wie die Nato im Krieg gegen Libyen oder Saudi-Arabien und Qatar in Syrien, die bewaffnete Gruppen massiv unterstützen. Das war in Tunesien und Ägypten anders. Das Problem ist aber immer, dass die, die die Revolution begonnen haben und für mehr Gerechtigkeit auf die Straße gegangen sind, am Ende nicht unbedingt die Sieger sind. Wer dann von den Wahlen am meisten profitiert, das ist eine andere Sache. Da gibt es jahrzehntelange gewachsene Strukturen der Machteliten in einem korrupten System. Das kann man nicht von heute auf morgen ändern, das braucht mindestens eine Generation. Ich denke, dass die progressive Basis in Tunesien und Ägypten nach wie vor da ist. Und dass linke Gruppen, egal wie die Wahlen ausgegangen sind, weitermachen werden und unsere Unterstützung brauchen. In Ägypten kommt dazu, dass das Militär das Sagen hat und auch große Teile der Wirtschaft, wie zum Beispiel die Tourismusindustrie, kontrolliert. Wie immer stehen bei all den Problemen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund.

T.M.: Von Anfang an steht DIE LINKE gegen den Krieg in Afghanistan. Wie siehst du die momentane Entwicklung?

H.H.: Diesen Sonntag gibt es ja eine internationale Afghanistan-Geberkonferenz in Tokio. Da geht es um die Zukunft nach einem Truppenabzug. Es soll offiziell einen Truppenabzug bis Ende 2014 geben, aber klar ist, dass ausländische Truppen darüber hinaus in Afghanistan stationiert bleiben. Das sind strategische Einheiten, die Afghanistan als eine Art Militärbasis, dauerhaft nützen werden. Sowohl die US-Truppen als auch die Bundeswehr werden nach 2014 in Afghanistan stationiert bleiben. Afghanistan wird in die privilegierte Partnerschaft mit den USA aufgenommen, das heißt umfassende militärisch Kooperation und Aufrüstung. Man will die geostrategische Lage Afghanistans nicht aufgeben. Wer Afghanistan kontrolliert, kann Handelswege und Pipelines kontrollieren und ist in direkter Nachbarschaft des Iran. Deshalb unterstützt DIE LINKE weiterhin afghanische Friedenskräfte. Dazu gehört die ehemalige afghanische Abgeordnete Malalai Joya und Gruppen, die sich klar gegen eine dauerhafte Besatzung und Fremdbestimmung Afghanistans engagieren. Sie wollen selbst entscheiden und über die Zukunft ihres Landes bestimmen. Sie fordern Unterstützung für demokratische Kräfte und nicht für korrupte Eliten, wie die Regierung Karzai, und Warlords, die nach wie vor herrschen und vom Westen unterstützt werden. Das muss beendet werden. Das ist eigentlich die Voraussetzung für einen Versöhnungsprozess in Afghanistan. DIE LINKE fordert einen ernsthaften Friedensprozess, denn den gibt es ja auch nicht. Es wird also aus finanziellen Gründen abgezogen ohne politisch etwas angestoßen zu haben, wie wir das auch im Irak erlebt haben. Das Land ist zerstört und es gibt keine politische Stabilität. Die Afghanistan-Konferenz letztes Jahr in Bonn war ein Witz, wichtige Akteure waren gar nicht da, zum Beispiel Pakistan und die verschiedenen bewaffneten Gruppierungen.

T.M.: Heike, vielen Dank für das Gespräch und danke für die Einladung zur Friedensstadt Tübingen vom 14. bis 22. Juli 2012. Infos unter: www.friedensstadt.org

Heike Hänsel, MdB, ist Sprecherin für Entwicklungspolitik der Linksfraktion im Bundestag

Thomas Mitsch ist Mitglied des Bundessprecher/innenrates der BAG Rote Reporter/innen